



HESSISCHER LANDTAG

06. 06. 2017

Kleine Anfrage

des Abg. Rentsch (FDP) vom 31.01.2017

betreffend antisemitische und antizionistische Straftaten und Übergriffe in Hessen

und

Antwort

des Ministers des Innern und für Sport

Vorbemerkung des Ministers des Innern und für Sport:

Antisemitismus wird in Hessen nicht geduldet, egal ob von rechter oder islamistischer Seite. Wir werden keine Hetze gegen Menschen jüdischen Glaubens tolerieren - weder in der realen noch in der virtuellen Welt.

Im Rahmen der Straftatenerfassung im Bereich der politisch motivierten Kriminalität ist der Antisemitismus eine Teilmenge der Hasskriminalität und kann verschiedenen Phänomenbereichen zugeordnet werden. In der Praxis erfolgt dies überwiegend im Phänomenbereich PMK - rechts-

Hasskriminalität bezeichnet politisch motivierte Straftaten, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person, wegen ihrer/ihrer

- zugeschriebenen oder tatsächlichen Nationalität,
- ethnischen Zugehörigkeit,
- Hautfarbe,
- Religionszugehörigkeit,
- sozialen Status,
- physischer und/oder psychischer Behinderung oder Beeinträchtigung,
- sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität oder
- äußeren Erscheinungsbildes.

gerichtet sind und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.

Antisemitisch ist der Teil der Hasskriminalität, der aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen wird.

Hessen verfolgt in der Extremismusprävention einen ganzheitlichen Ansatz. Für das Landesprogramm "Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" sind im Haushaltsjahr 2017 etwa 4 Mio. € hinterlegt. Es umfasst derzeit folgende Förderbereiche:

- a) Rechtsextremismus, Antisemitismus, Anti-Ziganismus, Rassismus: Förderung von Präventions-, Interventions- und Beratungsangeboten insbesondere durch die Förderung des Demokratiezentrum zur landesweiten Koordinierung, zur Vernetzung von mobiler Beratung, Opfer- und Ausstiegsberatung sowie von Regionalstellen (zur regionalen Bündelung von Interventions-, Präventions- und Beratungsangeboten).
- b) Salafismus: Förderung von Präventions-, Interventions- und Beratungsangeboten im Themenfeld des extremistischen Salafismus und ähnlicher Formen des religiös begründeten Extremismus, insbesondere die Förderung der "Beratungsstelle Hessen - religiöse Toleranz statt Extremismus".
- c) Linke Militanz und andere Extremismusphänomene: Förderung von Präventions-, Interventions- und Beratungsangeboten im Themenfeld "linke Militanz" und anderer Extremismusphänomene.
- d) Modellprojekte: Förderung von Modellprojekten des Bundes oder der Europäischen Union (EU) durch entsprechende Kofinanzierung zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener

Menschenfeindlichkeit (GMF), zur Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention.

- e) Partnerschaften für Demokratie: Förderung von kommunalen "Partnerschaften für Demokratie" durch entsprechende Kofinanzierung.
- f) Wissenschaft: Evaluation, wissenschaftliche Begleitung von geförderten Programmen und Projekten sowie Förderung von wissenschaftlicher Extremismusforschung.

Das Landesprogramm fördert im Förderbereich a unter anderem das "beratungsNetzwerk hessen - gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus". Dem Netzwerk gehören mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen, der Bildungsstätte Anne Frank (Frankfurt am Main) und International Tracing Services (Bad Arolsen) mehrere Träger an, die sich explizit dem Phänomenbereich Antisemitismus widmen und in verschiedenen Projekten mit anderen Trägern die Thematik z.B. im Rahmen von Workshops für Schüler oder Fortbildungen für Lehrer aufgegriffen haben. Hinzu kommen auch Publikationen des Demokratiezentrum Hessen bzw. seiner Regionalstellen zum Phänomenbereich Antisemitismus. Über das Landesprogramm wird zudem das Modellprojekt der Bildungsstätte Anne Frank "Wenn Anne ein rosa Pali-Tuch trägt. Ein Lernlabor zu Antisemitismus und Jugendkultur in der Migrationsgesellschaft" kofinanziert.

Im Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (LfV) wurde im Jahr 2016 zudem eine Analysestelle geschaffen, die sich wissenschaftlich mit Fragen des Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit befasst.

Bereits im Jahr 2008 wurde im LfV das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX) gegründet. Zu dessen zentralen Aufgaben gehört neben regionalen Analysen und der verstärkten Beobachtung relevanter rechtsextremistischer Bestrebungen im Internet auch die Aufklärungs- und Präventionsarbeit. KOREX bereitet hierzu das Fachwissen des LfV über den Rechtsextremismus für die Präventionsarbeit gezielt auf und stellt es bedarfsgerecht zur Verfügung. Öffentliche und zielgruppenspezifische Vorträge gehören dabei ebenso zum Aufgabenspektrum des Kompetenzzentrums wie die Erstellung von Themenbroschüren und die intensive Beratung von Verantwortungsträgern.

Im Bereich der Jugendbildung wurden in den vergangenen Jahren überwiegend Lehrerfortbildungen durchgeführt. Das LfV ist seit Beginn des Jahres 2009 durch das Institut für Qualitätsentwicklung des Hessischen Kultusministeriums (IQ) als Anbieter von Fortbildungen für hessische Lehrerinnen und Lehrer akkreditiert. Die Veranstaltungen bewirbt das LfV auf seiner Internetseite sowie über die Online-Fortbildungsangebote der Staatlichen Schulämter für hessische Lehrkräfte. Die Veranstaltungen werden entweder unmittelbar von den Staatlichen Schulämtern oder aber von einzelnen Schulen angefragt. Das LfV hat im Jahr 2016 insgesamt 21 Präventionstermine an Staatlichen Schulämtern bzw. Schulen durchgeführt. Darüber hinaus stehen die Experten des LfV Lehrkräften auch bei spezifischen Vorfällen und Fragestellungen beratend zur Verfügung.

Diese Vorbemerkung des Ministers des Innern und für Sport vorangestellt, wird die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit der Ministerin der Justiz und dem Kultusminister wie folgt beantwortet:

- Frage 1. a) Wie viele Ermittlungsverfahren bzw. Straftaten mit antisemitischem und/oder israelfeindlichem (antizionistischem) Hintergrund gab es in den Jahren 2010 bis 2016 in Hessen?

Für die Jahre 2010 bis 2016 wurden insgesamt 559 Straftaten mit antisemitischem/israelfeindlichem Hintergrund registriert.

Die Datengrundlage für die Beantwortung der Frage sind die dem Hessischen Landeskriminalamt (HLKA) im Rahmen des "Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität" (KPMd-PMK) durch die hessischen Polizeipräsidien übermittelten Straftaten. Stichtag für die Erfassung der den jeweiligen Jahren zuzuordnenden Straftaten ist gemäß bundeseinheitlicher Festlegung der 31.01. des jeweiligen Folgejahres.

- Frage 1. b) Wie viele Gerichtsverfahren gab es diesbezüglich in diesem Zeitraum bzw. wie viele Verurteilungen sind hieraus erfolgt?

Im genannten Zeitraum wurde in 28 Verfahren ein Strafbefehl beantragt und in 28 weiteren Verfahren Anklage erhoben. Es gab 33 Verurteilungen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass sich die Zahl der Anklagen sowie der beantragten Strafbefehle nicht zwingend aus der in der Antwort zu Frage 1. a) genannten Zahl der Straftaten zusammensetzt, weil keine Verlaufsstatistik geführt wird. Aus demselben Grund setzt sich die Zahl der Verurteilungen nicht zwingend aus den vorgenannten Zahlen der Anklagen und Strafbefehle zusammen.

Frage 1. c) Wie viele Verfahrenseinstellungen gab es? Bitte auch den jeweiligen Einstellungsgrund nach der Strafprozessordnung angeben.

Es gab 237 Einstellungen, die sich wie folgt verteilen:

151	Einstellungen gemäß § 170 Abs. 2 StPO
17	Einstellungen gemäß § 170 Abs. 2 StPO wegen Schuldunfähigkeit gemäß § 20 StGB
9	Einstellungen unter Verweisung auf den Privatklageweg gemäß §§ 376 ff., 170 Abs. 2 StPO
15	Einstellungen gemäß § 153 Abs. 1 StPO
2	Einstellungen gemäß § 45 JGG, § 153 Abs. 1 StPO
1	Vorläufige Einstellung gemäß § 45 Abs. 2 JGG
11	endgültige Einstellungen gemäß § 45 Abs. 2 JGG
5	Einstellungen gemäß § 153a Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 StPO
8	Vorläufige Einstellungen gemäß § 154f StPO
13	Einstellungen gemäß § 154 Abs. 1 Nr. 1 StPO
2	Gerichtliche Einstellungen gemäß § 153a Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 StPO
1	Gerichtliche Einstellung gemäß § 154 Abs. 2 StPO
1	Gerichtliche Einstellung gemäß § 206a StPO
1	Gerichtliche Einstellung gemäß §§ 45, 47 JGG

Frage 1. d) Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die politische bzw. ideologische Motivation bzgl. dieser Taten/Sachverhalte?

Anlässlich der in der Antwort zu Frage 1 a zugrunde liegenden Ermittlungsverfahren ist festzustellen, dass die überwiegende Anzahl der Fälle dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität -rechts- zuzuordnen ist. Hierbei lag den Fällen oftmals eine dem Rechtsextremismus immanente Judenfeindlichkeit zugrunde, die sich insbesondere in Form von Interneteinstellungen, Schreiben, Schmierereien in Verbindung mit Sachbeschädigungen bis hin zu Körperverletzungsdelikten äußerte. In einigen Fällen war eine explizit formulierte Israelfeindlichkeit zu konstatieren.

Darüber hinaus sind weitere Fälle dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Ausländerkriminalität zuzuordnen. Hierbei kristallisiert sich größtenteils der Israel-Palästina-Konflikt als Ursache für die Begehung von antisemitischen/antizionistischen Straftaten heraus. Ein Schwerpunkt zeichnete sich deutlich für das Jahr 2014 anlässlich des erneut aktuell gewordenen Gaza-Konfliktes ab. Nur vereinzelt richteten sich die Straftaten gezielt gegen Personen mit jüdischem Glauben. Hierbei wurde unter anderem die vermeintliche Anonymität des Internets genutzt, um entsprechende volksverhetzende Inhalte zu veröffentlichen.

Bei einer geringen Anzahl von Fällen war eine antisemitische bzw. israelfeindliche Motivation erkennbar, jedoch konnte aufgrund unklarer Erkenntnislage keine eindeutige Zuordnung zu einem der oben genannten Phänomenbereiche erfolgen.

Frage 2. Wie viele und welche Veranstaltungen, Kundgebungen oder Demonstrationen gab es in den Jahren 2010 bis 2016 in Hessen, bei denen von einem antizionistischen und/oder antisemitischen Hintergrund auszugehen oder dieser offen zu Tage getreten ist?
Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung bzgl. der jeweiligen Organisation, deren politischen Hintergrund und Teilnehmerzahlen?

Für den angefragten Zeitraum sind den hessischen Sicherheitsbehörden insgesamt 59 Veranstaltungen im Sinne der Fragestellung bekannt, die in der beigelegten Anlage ersichtlich sind. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass aufgrund von Speicherungsfristen der Datenbestand aus dem Jahr 2010 bereits gelöscht wurde.

Die Veranstalter kamen überwiegend aus dem nichtextremistischen Spektrum, wurden jedoch teilweise von HAMAS-Sympathisanten unterstützt. Vielfach riefen stark emotionalisierte Teilnehmer antisemitische Parolen und verbrannten israelische Flaggen. Vereinzelt nahmen auch rechtsextremistische Aktivisten sowie Mitglieder linksextremistischer Organisationen an den Veranstaltungen teil.

Zur Einordnung des politischen Hintergrunds werden die nachfolgenden Veranstaltungen exemplarisch angeführt:

Am 11. Juli 2015 fand in Frankfurt am Main eine Demonstration statt, die offiziell unter dem Motto "Gegen Krieg im Nahen Osten" angemeldet, im Internet aber in türkischer Sprache unter dem Motto "Gegen Imperialismus und Zionismus - Die Widerstandsbewegung durch den

Marsch unterstützen" beworben wurde. Anmelder war ein schiitischer Verein mit Sitz in Offenbach. Laut Internet- und Presseberichten sollen aus dem Kreis der ca. 300 Teilnehmer auch antisemitische Parolen (etwa "Kindermörder Israel") vor allem auf Türkisch und Farsi gerufen worden sein. Nachdem der Veranstalter polizeilich aufgefordert wurde israelfeindliche Parolen zu unterbinden, kam es zu keinen weiteren Zwischenfällen.

Im darauffolgenden Jahr, am 2. Juli 2016, folgte eine vergleichbare Veranstaltung mit etwa 350 Teilnehmern, dieses Mal beworben unter dem Motto "Die Freiheit von Quds (Jerusalem) ist die Freiheit der islamischen Gemeinschaft". Hier wurden keine antisemitischen Parolen bekannt.

Am 26.12.2015 führte der in Baden-Württemberg ansässige, der Türkischen Hizbullah nahe stehende Verein Avrupa Yetim-Der laut eigener Interneteinstellung im hessischen Hofheim-Wallau eine Benefizveranstaltung für Waisenkinder mit mehreren hundert Teilnehmern durch. In einem der in der Interneteinstellung (in türkischer Sprache) wiedergegebenen Redebeiträge heißt es: "Der Zionismus, der der Feind der Menschheit und des Islams ist, erlebt seine bequemste Phase. [...] Ihnen geht es darum, die Muslime gegeneinander aufzuhetzen".

Bis zu seiner Abschiebung in die Türkei im Oktober 2015 versammelte der der Milli-Görüş-Bewegung zuzurechnende Prediger Nusret Ç. in verschiedenen Moscheen regelmäßig mehrere hundert Anhänger. In seinen Predigten forderte er neben der Einführung der Scharia in Deutschland auch die Vernichtung der Juden, Israels und der USA. Gegen den Prediger wurde u.a. wegen Volksverhetzung ermittelt.

Die Islamische Gemeinschaft Milli-Görüş (IGMG) stellt die zweitgrößte muslimische Religionsgemeinschaft in Deutschland dar. Die IGMG ist aus der türkischen Milli-Görüş -Bewegung entstanden und Mitglied im Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland.

Im Spannungsfeld von Gewährleistung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit und dem Strafverfolgungszwang von Polizei und Justiz arbeiten insbesondere die Versammlungsbehörden und die Polizei vor, während und nach Veranstaltungen im Sinne des Versammlungsgesetzes eng und vertrauensvoll zusammen. Es ist jeweils zu prüfen und zu bewerten, ob und ggf. welche Maßnahmen bei Äußerungen von Teilnehmern einer Kundgebung/Versammlung geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sind. Dabei kann sich das Spektrum von der Tolerierung "freier Meinungsäußerung", über ordnende Auflagen vor oder während der Versammlung, bis hin zur konsequenten Verfolgung von Straftaten, erstrecken.

Frage 3. Wie schätzt die Landesregierung die Sicherheitslage der Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens in Hessen ein, insbesondere deren Entwicklung seit 2010?

Jüdische Interessen und Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland sowie auch in Hessen unterliegen nach wie vor einer besonderen abstrakten Gefährdung aus den Bereichen der PMK. Die Anschläge der jüngeren Vergangenheit zum Nachteil israelischer Interessen und Einrichtungen (z.B. der tödliche Angriff auf mehrere Personen vor einer jüdischen Schule am 19.03.2012 in Toulouse/Frankreich, der Schusswaffenanschlag im jüdischen Museum in Brüssel/Belgien vom 24.05.2014 sowie die Geiselnahme in einem Lebensmittelgeschäft am 09.01.2015 in Paris/Frankreich und die Anschläge auf das Kulturzentrum und vor der jüdischen Gemeinde von Kopenhagen/Dänemark am 14./15.02.2015) belegen, dass sich die Gefährdung weltweit und jederzeit, auch innerhalb der Europäischen Union, konkretisieren kann.

Eine Gefährdung von israelischen/jüdischen Einrichtungen und Organisationen in Deutschland ergibt sich insbesondere aus den Bereichen der PMK -rechts- und dem islamistischen Terrorismus.

Jüdische Einrichtungen sowie Mitbürger jüdischen Glaubens stellen ein anhaltend hohes Angriffsziel für rechtsextremistische Personen und Gruppen dar. Gefährdende Ereignisse werden weiterhin als wahrscheinlich bewertet. In diesem Zusammenhang sind insbesondere Farbschmierereien, Sachbeschädigungen bis hin zu Brandanschlägen und körperlichen Übergriffen zu nennen.

Wenngleich derzeit keine konkreten gefährdungsrelevanten Erkenntnisse vorliegen, könnten jüdische Interessen und Einrichtungen auch in Hessen in Tatüberlegungen islamistischer Klientel eine Rolle spielen. Gefährdende Ereignisse bis hin zu terroristischen Anschlägen, insbesondere durch fanatische Einzeltäter oder Kleingruppen, sind derzeit nicht auszuschließen und müssen in Betracht gezogen werden.

Eine besondere Entwicklung seit dem Jahr 2010 ist für Hessen nicht feststellbar.

Frage 4. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, ob es im Zusammenhang mit dem 4. Deutschen Israelkongress am 19.06.2016 zu Störungen oder Drohungen gegen die Veranstaltung oder Teilnehmer gekommen ist und falls ja, welche?

Im Zusammenhang mit dem 4. Israelkongress im Congress Center Messe Frankfurt am Main sind den hessischen Sicherheitsbehörden keine relevanten Vorkommnisse bekannt.

Für die Kurdistan-Israel-Deutschland-Freundschaftskonferenz war nach Angaben des Veranstalters durch einen Journalisten bei Facebook zu einer Gegendemonstration am 20.06.2016 aufgerufen worden, die jedoch nicht stattfand.

Frage 5. Wie viele Vorfälle (bspw. Schmähungen, physische Übergriffe, politische/religiöse/rassistische Propaganda) gab es in den Jahren 2010 bis 2016 an hessischen Schulen und wie werden diese (auch außerhalb von förmlichen Strafverfahren) erfasst?

Im Rahmen des KPMD-PMK wurden dem HLKA insgesamt 116 Fälle im Kontext von antisemitisch bzw. israelfeindlich motivierten Ermittlungsverfahren mit Tatörtlichkeit an hessischen Schulen bekannt.

Darüber hinaus wurde das bereits in der Vorbemerkung erwähnte "beratungsNetzwerk hessen - gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus" in insgesamt fünf Fällen im angefragten Zeitraum von Schulen aufgrund eines antisemitischen Vorfalls kontaktiert.

Ein Register im Bereich der Bildungsverwaltung zur Erfassung von entsprechenden Vorfällen existiert nicht.

Wiesbaden, 21. Mai 2017

Peter Beuth

Anlagen

Nr.	Datum	Örtlichkeit	Gruppierung	Art	Thema	TN
1	10.05.2011	Frankfurt/M.	Keine	Mahnwache	Palästinensische Rechte	5
2	27.08.2011	Frankfurt/M.	Keine	Konzert	Anti-Israel Konzert	n.b.
3	28.04.2012	Frankfurt/M.	Palästina-Forum	Mahnwache	Palästina-Israel-Konflikt	6
4	26.05.2012	Frankfurt/M.	Palästina-Forum	Mahnwache	Palästina-Israel-Konflikt	n.b.
5	29.09.2012	Frankfurt/M.	Palästina-Forum	Mahnwache	Palästina-Israel-Konflikt	n.b.
6	13.06.2013	Frankfurt/M.	Palästina-Forum	Infostand	Palästina-Israel-Konflikt	n.b.
7	29.06.2013	Frankfurt/M.	Keine	Sportveranstaltung	Im Rahmen der Rollstuhlbasketball- EM zündeten 40-60 türkische Personen vor der Halle Pyrotechnik und störten das Abspielen der israelischen Nationalhymne durch lautes Singen und zeigen der Flagge Palästinas.	60
8	31.08.2013	Frankfurt/M.	Palästina-Forum	Infostand	Palästina-Israel-Konflikt	10
9	26.04.2014	Frankfurt/M.	Palästina-Forum	Mahnwache	Palästina-Israel-Konflikt	7
10	12.07.2014	Frankfurt/M.	Keine	Kundgebung	Nahost-Konflikt	2000
11	13.07.2014	Frankfurt/M.	Keine	Versammlung	Free Palästina-Stoppt d. Krieg	1000
12	13.07.2014	Wetzlar	Katholische Domkirchengemeinde	Versammlung	Friedensdemo anlässlich der Geschehnisse in Israel und Palästina	300
13	15.07.2014	Hanau	Internationales Kulturzentrum Hanau e.V. (DIDF)	Versammlung	Unterstützung der Bevölkerung im Nahen Osten	100

Anlage 1 KA 19/4482

Nr.	Datum	Örtlichkeit	Gruppierung	Art	Thema	TN
14	15.07.2014	Marburg	Privatperson	Mahnwache	Bombardierung Ghaza	75
15	15.07.2014	Kassel	Privatperson	Versammlung	Frieden in Palästina	2000
16	18.07.2014	Darmstadt	IGMG Darmstadt	Versammlung	Demo für Gaza, Boykott gegen Israel	600
17	18.07.2014	Kassel	Keine	Versammlung	Milit. Offensive Israel gg. Gaza	800
18	19.07.2014	Wiesbaden	Privatperson	Versammlung	Demo Free Palästina!	400
19	19.07.2014	Wiesbaden	Ost-Westlicher Divan	Infostand	Free Palästina	10
20	19.07.2014	Limburg	Atatürk Bildungs- und Kulturverein und Fatih-Moschee (IGMG)	Versammlung	Frieden in Nah-Ost	400
21	19.07.2014	Darmstadt	Privatperson	Infostand	Spenden für Palästina	n.b.
22	19.07.2014	Frankfurt/M.	Palästina Forum Nahost	Versammlung	Krieg in Gaza	6
23	19.07.2014	Fulda	Privatperson	Versammlung	Konflikt im Gaza-Streifen	n.b.
24	20.07.2014	Frankfurt/M.	Privatperson	Versammlung	Frieden im Nahen Osten	250
25	24.07.2014	Frankfurt/M.	Internationalistisches Aktionsbündnis - FFM (IAB - FFM)	Versammlung	Solidarität mit Gaza	150
26	25.07.2014	Darmstadt	Iman Bildungswerk	Infostand	Hilfe f. Gaza/Besetzung d. Israel	4
27	26.07.2014	Gießen	Privatperson	Versammlung	Solidarität mit Palästina	1000
28	26.07.2014	Darmstadt	Keine	Versammlung	Für Gaza/Boykott Israel	450
29	26.07.2014	Frankfurt/M.	Palästina-Forum	Mahnwache	Gaza	n.b.
30	26.07.2014	Frankfurt/M.	Islamische Religionsgemeinschaft Hessen e.V. (IRH) & Palästinensische Gemeinde Hessen e.V.	Kundgebung	Frieden und Gerechtigkeit in Gaza und Nahost	400
31	01.08.2014	Wiesbaden	Privatperson aus dem Bereich der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD)	Versammlung	Gaza Solidarität	140

Nr.	Datum	Örtlichkeit	Gruppierung	Art	Thema	TN
32	01.08.2014	Darmstadt	Privatperson	Versammlung	ProGaza Kundgebung	110
33	04.08.2014	Kassel	Kasseler Friedensforum	Kundgebung	Stoppt den Krieg in Gaza	100
34	07.08.2014	Frankfurt/M.	Privatperson	Mahnwache	Frieden für Gaza	7
35	08.08.2014	Frankfurt/M.	Zusammen e.V.	Mahnwache	Zum Gedenken der Opfer von Gaza	10
36	08.08.2014	Schwalbach-Limes	Deutsch-Ausländische Gemeinschaft Schwalbach e.V.	Mahnwache	Frieden im Nahost	n.b.
37	09.08.2014	Darmstadt	Privatperson	Kundgebung	Aktuelle Problematik in Gaza	150
38	09.08.2014	Frankfurt/M.	Palästina Forum Nahost	Mahnwache	Stoppt den Krieg in Gaza	n.b.
39	14.08.2014	Frankfurt/M.	Arbeitsgruppe Palästina	Versammlung	Frieden für Gaza	10-20
40	15.08.2014	Kassel	Privatperson	Versammlung	Gegen Zionismus - gegen Antisemitismus	100
41	16.08.2014	Frankfurt/M.	Palästinensische Gemeinde in Hessen e. V.	Mahnwache	Information zum Gaza-Krieg	n.b.
42	20.08.2014	Offenbach	Ev. Dekanat, IGMG	Interreligiöses Friedensgebet	Interreligiöses Friedensgebet für Israel und Gaza	n.b.
43	23.08.2014	Frankfurt/M.	Privatperson	Infostand	Infostand für Palästina	n.b.
44	23.08.2014	Frankfurt/M.	Palästina Forum Nahost	Mahnwache	Stoppt den Krieg in Gaza	n.b.
45	30.08.2014	Frankfurt/M.	Palästinensische Gemeinde in Hessen e. V.	Mahnwache	Information zum Gaza-Krieg	n.b.
46	30.08.2014	Frankfurt/M.	Privatperson	Infostand	Palästina (Gaza-Krieg) Infostand	10-20
47	04.09.2014	Frankfurt/M.	Arbeitsgruppe Palästina/Frankfurt	Versammlung	Frieden in Palästina/Gaza	n.b.
48	18.09.2014	Frankfurt/M.	Arbeitsgruppe Palästina/Frankfurt	Versammlung	Solidarität für Palästina/Gaza	n.b.
49	20.09.2014	Frankfurt/M.	Palästina Forum Nahost	Mahnwache	Freiheit für Gaza	n.b.
50	20.09.2014	Frankfurt/M.	Palästinensische Gemeinde in Hessen e. V.	Mahnwache	Informationen zum Gaza-Krieg	n.b.

Nr.	Datum	Örtlichkeit	Gruppierung	Art	Thema	TN
51	04.10.2014	Frankfurt/M.	Keine	Infostand	Frieden in Palästina	n.b.
52	11.10.2014	Frankfurt/M.	Keine	Infostand	Frieden in Palästina	n.b.
53	18.10.2014	Frankfurt/M.	Keine	Infostand	Frieden in Palästina	n.b.
54	25.10.2014	Frankfurt/M.	Palästinensische Gemeinde in Hessen e. V.	Infostand	Frieden in Palästina	5
55	11.07.2015	Frankfurt/M.	Islamisches Zentrum Ehl-i Beyt Offenbach e.V.	Versammlung	„Gegen Krieg im Nahen Osten“, im Internet auf Türkisch beworben unter „Gegen Imperialismus und Zionismus - Die Widerstandsbewegung durch den Marsch unterstützen“	300
56	26.12.2015	Hofheim-Wallau	Avrupa Yetim-Der	Benefiz	Benefizveranstaltung für Waisenkinder	Mehrere Hundert
57	15.03.2016	Frankfurt/M.	Solidaritätskomitee für Syrien	Kundgebung	Nato, Israel: Hände weg von Syrien	15
58	02.07.2016	Frankfurt/M.	Islamisches Zentrum Ehl-i Beyt Offenbach e.V.	Versammlung	Die Freiheit von Quds (Jerusalem) ist die Freiheit der islamischen Gemeinschaft	350
59	10.11.2016	Frankfurt/M.	Keine	Mahnwache	Palästina(Ende der Besetzung)	5